Staat Lüdinghausen
Eing.: 05, Juli 2011
Dez
Kreis Coesfeld, 48651 Coesfeld

C KREIS COESFELD Der Landrat

Abteilung:

01 - Büro des Landrates

Aktenzeichen:

Frau Thiesing

Auskunft: Gebäude:

Gebäude 1, Coesfeld

Zimmer-Nr.: 118

Telefon:

02541 / 18-9112 (Ortsnetz Coesfeld)

02594 / 9436-9112 (Ortsnetz Dülmen) 02591 / 9183-9112 (Ortsnetz Lüdingh.)

9198

Telefax: E-Mail:

simone.thiesing@kreis-coesfeld.de

Internet: www.kreis-coesfeld.de

Datum: 01.07.2011

5. Änderung des Bebauungsplans "Stadtfeld II" hier: Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrter Herr Blick-Veber,

Stadt Lüdinghausen

Herrn Blick-Veber

Postfach 1531

Fachbereich 3/Planung

59335 Lüdinghausen

zur 5. Änderung des Bebauungsplans "Stadtfeld II" bestehen seitens der Bauaufsicht, der unteren Gesundheitsbehörde und der Brandschutzdienststelle keine Bedenken.

Die **Bauaufsicht** regt jedoch an, die Formulierung zur Festsetzung der BOK max. in den Quartieren WA 22 und WA 23 so zu ändern, dass zu erkennen ist, dass die Oberkante der Brüstung der Dachterrassen Gegenstand der Festsetzung ist. Ansonsten wäre der Gegenstand der Regelung nur der Begründung zu entnehmen.

Gegen die Änderung bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine Bedenken, wenn folgende Nebenbestimmungen und Hinweise Berücksichtigung finden:

Zur Beurteilung der auf den Änderungsbereich einwirkenden Lärmimmissionen wurde durch das Büro Uppenkamp + Partner, Ahaus, eine lärmtechnische Prognose (Gutachten Nr. 05 1948 10 vom 12.04.2011) gefertigt.

Diese Berechnung weist eine Einhaltung der Immissionsrichtwerte an den nächstgelegenen schutzwürdigen Nutzungen unter Berücksichtigung von Lärmminderungsmaßnahmen an einem optionalen Fachmarktzentrum in dem westlich des Änderungsbereiches ausgewiesenen Kerngebiet aus.

Ebenfalls wurde in der Berechnung die auf der Dachfläche befindlichen haustechnischen Aggregate des Textilkaufhauses in den Nachtstunden auf der Grundlage einer mündlichen Aussage des Betriebes nicht einberechnet. Die mündliche Aussage reicht jedoch für die rechtliche Sicherstellung des Immissionsschutzes nicht aus.

und nach Terminabsprache

Dieses kann z. B. durch eine Verzichtserklärung der Fa. Bruno Kleine auf den Betrieb der o.g. Aggregate zur Nachtzeit erfolgen.

Seitens der Kommunalen Abwasserbeseitigung bestehen keine Bedenken. Es wird jedoch darum gebeten, in der Begründung unter den Punkt 3.4 "Niederschlagswasserbeseitigung" folgenden Hinweis aufzunehmen: "Für die Versickerung der anfallenden Niederschlagswässer ist beim Kreis Coesfeld - untere Wasserbehörde - ein Antrag gem. § 8 WHG zu stellen."

Seitens der Unteren Landschaftsbehörde erfolgt folgender Hinweis:

Es wird der verbliebene Rest eines ehemaligen Kleingartenareals überplant. Die Artenschutzprüfung kommt nachvollziehbar zu dem Ergebnis, dass keine Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Die Planung verursacht Eingriffe in den Naturhaushalt, die allerdings gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 4 BauGB nicht ausgleichspflichtig sind. Diese Freistellung gilt für Bebauungspläne mit einer Fläche von bis zu 2 ha, "wobei die Grundflächen mehrerer Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang aufgestellt werden, mitzurechnen sind" (§ 13a, Abs. 1, Satz 2 Nr. 1 BauGB). Es wird um Prüfung gebeten, ob die Bebauung der umliegenden Flächen in diesem Sinne zu werten ist.

Im Auftrag

Thiesing